

ver.di

vau

UNSERE ZEITUNG FÜR DIE
BERLINER FINANZÄMTER

Informationen | Meinungen | Analysen | Termine | Links

11.07.2022

ver.di im Kanzleramt

Ukraine - Corona - Inflation - 100 Milliarden für die Bundeswehr: Wer übernimmt die Rechnung?

Der Krieg in der Ukraine beeinflusst unseren aktuellen Alltag, aber zunehmend auch die Zukunftsaussichten. Auch ohne eine individuelle politische oder wirtschaftliche Bewertung des bisher Geschehenen und der aktuellen Planungen und Absichtserklärungen wird immer klarer, die Dinge haben ihren Preis. Es stellt sich die Frage, wie werden die Folgekosten gesamtgesellschaftlich verteilt und aufgefangen? Alle Bürgerinnen und Bürger bekommen an den Ladenkassen, an den Zapfsäulen, bei den Nebenkostenabrechnungen und bei den Rechnungen der Versorgungsunternehmen die Auswirkungen der Weltlage deutlich zu spüren. Die beschlossenen und angekündigten weiteren zusätzlichen Haushaltsbelastungen in Größenordnungen mehrerer hundert Milliarden Euro müssen finanziert werden. Ob über Schulden oder Einnahmen, wir alle werden das bezahlen müssen.



Am 4. Juli hat Bundeskanzler Olaf Scholz Arbeitgeber und Gewerkschaften in das Bundeskanzleramt eingeladen um im Rahmen einer Konzertierten Aktion die Lage zu besprechen. Ein solches Format hat es zuletzt in der Wirtschaftskrise 1967 gegeben, das macht deutlich wie ernst die Lage ist. Für ver.di war der Vorsitzende Frank Werneke dabei und für den DGB die neue Vorsitzende Yasmin Fahimi.

Kanzler Scholz stellte die Ausgangslage aus seiner Sicht dar: Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine ändere alles. Die hohen Preissteigerungen in Folge des Krieges und weiterhin gestörte Lieferketten seien ein ernstes soziales und wirtschaftliches Problem. *„Die hohen Energie- und Nahrungsmittelpreise treffen viele Menschen hart, und sie machen sich große Sorgen, ob sie die Preiserhöhungen bewältigen können. Diese Lage wird sich auf absehbare Zeit nicht ändern, darauf müssen sich alle einstellen“*, sagte der Kanzler. Zugleich betonte er: *„Unsere Gesellschaft ist stark, viel stärker als manchmal unterstellt wird. Der faire Ausgleich zwischen den Interessen, in einem Geist der Gemeinsamkeit, prägt unser Land. Und diesen Geist gilt es zu erhalten und zu stärken.“*

„Die Belastungen durch die hohe Inflation sind unbestreitbar – darauf braucht es jetzt Antworten“, sagte der ver.di-Vorsitzende Frank Werneke im Rahmen des Gesprächs. Darüber sind sich auch alle einig, umstritten ist aber der Umgang mit den Folgen. *„Wir als ver.di kämpfen mit unseren Mitgliedern für*

*Tarifverträge, die eine Antwort auf die stark gestiegenen Preise geben. Aber auch die Bundesregierung ist gefordert – es braucht ein weiteres Entlastungspaket im Herbst. Und diesmal dürfen Rentner*innen und Studierende nicht wieder vergessen werden“, forderte Frank Werneke.*

ver.di fordert deshalb Lohnerhöhungen, die den gestiegenen Preisen gerecht werden. *„Der Druck in vielen Haushalten ist riesengroß“, sagt der ver.di-Vorsitzende Frank Werneke. „Wenn Beschäftigte beispielsweise Tarifgehälter zwischen 2.000 und 2.500 Euro beziehen, ist selbst eine Erhöhung von zehn Prozent angesichts der stark steigenden Preise nur ein Tropfen auf den heißen Stein.“* Und obwohl Scholz im Vorfeld der Konzertierten Aktion klargestellt hat, dass sich die Politik selbstverständlich nicht in Lohnverhandlungen einmischen wolle, klingt sein Aktionsziel genau danach. *„Gemeinsam mit den Sozialpartnern wollen wir diskutieren, wie wir mit der aktuellen Preisentwicklung umgehen“, erklärte er, als er seine Einladung aussprach. Hierzu Frank Werneke, „Aus meiner Sicht helfen Einmalzahlungen in der derzeitigen Situation überhaupt nicht weiter. Richtig ist, es gab in der Corona-Pandemie – auch um nochmal Respekt auszudrücken für die besondere Leistung – eine ganze Reihe von Tarifabschlüssen mit steuer- und abgabenfreien Corona-Prämien. Aber das tarifpolitische Instrument ist aus meiner Sicht jetzt erst einmal verbraucht. Denn wir haben es mit absehbar dauerhaft steigenden Preisen zu tun. Die müssen mit dauerhaft wirkenden Tariflöhnen ausgeglichen werden. Alles andere führt sonst unterm Strich zu Reallohnverlust.“*

Yasmin Fahimi, Anfang Mai zur neuen Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) gewählt, sagte kurz nach ihrer Wahl im Bezug auf die Preisentwicklungen, die Gewerkschaften ließen sich *„diesen Unsinn einer Lohn-Preis-Spirale wegen der grassierenden Inflation nicht aufquatschen. Steigende Löhne hätten nicht zwangsläufig steigende Preise zur Folge. Wer jetzt von Lohnzurückhaltung redet, will wieder einmal die Kosten der Krise allein auf dem Rücken der Beschäftigten abladen“.*

Die folgenden Wochen und Monate werden zeigen, wie sich die Bundesregierung und auch die Landesregierungen die Verteilung der Lasten vorstellen. Der amtierende Finanzminister Lindner hat aktuell bereits angekündigt die Daumenschrauben bei den Langzeitarbeitslosen anzusetzen. Die Umverteilung der Milliardensummen in Deutschland für die Verteidigungsausgaben, für die Coronalasten, die Hilfszahlungen an die Ukraine sozial gerecht zu gestalten, wird zu harten politischen Auseinandersetzungen führen. Es muss verhindert werden, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Zeche für die eingegangenen Verpflichtungen alleine zahlen müssen. Es gilt die über viele Jahrzehnte erkämpften Rechte zu schützen und berechnete Tarifforderungen und Besoldungsanpassungen klar zu formulieren und einfordern. ver.di steht vor der Herausforderung die Interessen der abhängig Beschäftigten in einem komplexen gesellschaftlichen Gesamtbild zu wahren.

Engagieren Sie sich mit, treten Sie für Ihre Rechte ein, werden Sie jetzt Mitglied!

Nachstehend die aktuell beschlossenen wesentlichen Maßnahmen der Bundesregierung zur Entlastung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer:

- **Der Arbeitnehmer-Pauschbetrag (Werbungskosten) wird um 200 Euro auf 1.200 Euro angehoben.**
- **Der Grundfreibetrag bei der Einkommensteuer steigt um 363 Euro auf 10.347 Euro. Damit soll die kalte Progression entsprechend der tatsächlichen Inflationsrate 2021 und der geschätzten Inflationsrate 2022 teilweise ausgeglichen werden.**
- **Erwerbstätige, Selbstständige und Gewerbetreibende erhalten eine einmalige Energiepreispauschale von 300 Euro. Die Auszahlung erfolgt über die Lohnabrechnung des Arbeitgebers. Selbstständige erhalten einen Vorschuss über eine einmalige Senkung ihrer Einkommensteuer-Vorauszahlung.**